

28. Februar 2009

SCHLUSSFOLGERUNGEN DER PRÄSIDENTSCHAFT

Arbeitsübersetzung

Nur die französische und die englische Fassung sind verbindlich!

Vorbemerkungen

- 1) Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union hat auf gemeinsame Einladung der Präsidenten des französischen Parlaments vom 26. bis 28. Februar 2009 in Paris stattgefunden. Die Präsidenten von 39 Kammern der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder ihre Stellvertreter sowie der Präsident des Europäischen Parlaments haben an der Konferenz teilgenommen. Die Präsidenten der Parlamente der drei für den Beitritt kandidierenden Staaten haben ebenfalls teilgenommen. Herr Bernard Accoyer, Präsident der französischen Nationalversammlung, und Herr Gérard Larcher, Präsident des französischen Senats, haben gemeinsam den Vorsitz der Konferenz wahrgenommen.
- 2) Wie im Jahr 2008 bei der Konferenz von Lissabon fand eine erste Sitzung in informellen Rahmen zum Thema der institutionellen Zukunft der Union und der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon durch die nationalen Parlamente statt. Im Weiteren hat sich die Konferenz mit folgenden Themen befasst: Europa, Krisenmanagement und Einbeziehung der Parlamente, die Vorbereitung des parlamentarischen Aspekts einer Unionspräsidentschaft und die Zukunft der Union bis 2030. Der Präsident der französischen Republik, Herr Nicolas Sarkozy, hat die Präsidenten der Parlamente am 27. Februar empfangen.
- 3) Das Thema „*Die institutionelle Zukunft der Union und die Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon durch die nationalen Parlamente*“¹ wurde von Herrn Bernard Accoyer, Präsident der französischen Nationalversammlung, eingeleitet, der zu dieser Frage einen Bericht präsentiert hat. Anschließend haben Herr Jaime Gama, Präsident der Versammlung der Republik Portugal, Herr Miloslav Vlček, Präsident der Abgeordnetenkammer der Tschechischen Republik, Herr Premysl Sobotka, Präsident des Senats der Tschechischen Republik und Herr Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, gesprochen. Im Verlauf der anschließenden Diskussion haben die Teilnehmer die bedeutende Rolle der Europäischen Union beim Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und neuen Herausforderungen wie dem Klimawandel unterstrichen. Sie haben die Verantwortung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments bei der Annäherung zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgern hervorgehoben. Zahlreiche

¹ Dieser Teil der Arbeiten hat im Format « 1+1 » stattgefunden, das bereits bei der Lissabonner Konferenz erprobt worden ist, d.h. ein Präsident oder sein Vertreter und ein Berater je Kammer oder Parlament.

Präsidenten haben ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, eine pragmatische horizontale Koordination zwischen den nationalen Parlamenten zu fördern, die die jeweiligen Besonderheiten und Zuständigkeiten respektiert. Sie halten es für erforderlich, die Kontrolle der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu vertiefen, indem alle Möglichkeiten einer flexiblen, schnellen und effizienten Koordination ausgebaut werden. Einige Präsidenten haben vorgeschlagen, die Möglichkeiten für eine verstärkte Kontrolle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prüfen.

- 4) Das Thema *„Europa und das Management von Krisen. Die Einbeziehung der Parlamente“* ist von Herrn Bernard Accoyer, Präsident der französischen Nationalversammlung, eröffnet worden. Anschließend haben Herr Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Herr Miloslav Vlček, Präsident der Abgeordnetenkammer der Tschechischen Republik – der insbesondere die Rolle, die die parlamentarische Diplomatie in Hinblick auf die Friedensbemühungen im Mittleren Osten nach der Gaza-Krise spielen könnte, zur Sprache brachte – und Herr Per Westerberg, Präsident des schwedischen Parlaments, das Wort ergriffen. Im Laufe der darauf folgenden Debatte haben die Teilnehmer hervor gehoben, dass Protektionismus auf keinen Fall eine geeignete Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise darstellt, und sind der Ansicht, dass es angesichts dieser Krise, die eine globale Dimension hat und auch Auswirkungen auf die Schwellenländer zeitigt, unerlässlich ist, die Solidarität und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu verstärken.
- 5) Das Thema *„Vorbereitung des parlamentarischen Aspekts einer Präsidentschaft der Europäischen Union“* wurde von Herrn Gérard Larcher, Präsident des französischen Senats, eingeleitet. Frau Katalin Szili, Präsidentin der Nationalversammlung der Republik Ungarn, hat einen Bericht über die Praktiken der Parlamente bezüglich der Unionspräsidentschaft präsentiert. Herr Bronislaw Komorowski, Präsident des polnischen Sejm, hat anschließend die Präsidenten eingeladen, an den Feiern zur Erinnerung an den 20. Jahrestag der ersten freien Wahlen in Polen in der Nachkriegszeit am 2. und 3. Juni 2009 in Warschau teilzunehmen.
- 6) Das Thema *„Die Zukunft Europas bis 2030“* wurde von Herrn Bernard Accoyer, Präsident der französischen Nationalversammlung, eingeführt. Herr Bruno Le Maire, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Herr Felipe Gonzalez, Vorsitzender der Reflexionsgruppe zur Zukunft Europas, und Herr Premysl Sobotka, Präsident des Senats der Tschechischen Republik, der sich den Beginn einer Debatte über die Einrichtung eines europäischen Senats wünschte, haben gesprochen. Im Verlauf der Debatte haben die Redner an die sehr hohen Erwartungen an Europa und seine Verantwortung angesichts der Finanzkrise erinnert. Sie haben auch die Sicherung der sozialen Kohäsion betont. Den unsicheren Charakter von Vorhersagen unterstreichend, haben sie zahlreiche Fragen diskutiert, wie die Wirtschafts- und Finanzreformen, die Migrationssteuerung, den Klimawandel, die europäische Sicherheit und Verteidigung sowie institutionelle Fragen.

Schlussfolgerungen der Präsidentschaft

Bezüglich der institutionellen Zukunft der Union und der Umsetzung der Vorschriften des Lissabonner Vertrags durch die nationalen Parlamente

- 1) Die Präsidenten beobachten die Fortsetzung des Ratifikationsprozesses des Lissabonner Vertrags, der die Union mit einem erneuerten institutionellen Rahmen ausstattet, welcher, insbesondere durch die Verstärkung der Rechte sowohl der nationalen Parlamente als auch des Europäischen Parlaments, geeignet ist, Europa seinen Bürgern näher zu bringen. Sie stellen fest, dass der Europäische Rat vom 11./12. Dezember 2008 eine Vorgehensweise abgesteckt hat, um ein Inkrafttreten des Vertrags bis Ende 2009 zu ermöglichen, indem er sich verpflichtet hat, die erforderlichen rechtlichen Garantien bezüglich der von der irischen Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Anliegen zu geben.
- 2) Die Präsidenten halten es für zweckmäßig, dass die nationalen Parlamente, unter Einhaltung ihrer Verfassungsvorschriften und ihrer parlamentarischen Traditionen, in der Lage sind, in vollem Umfang von den neuen Rechten und Zuständigkeiten, die ihnen die Anwendung des Vertrags von Lissabon gewähren würde, Gebrauch zu machen, um am guten demokratischen Funktionieren der Europäischen Union mitzuwirken.
- 3) In dieser Hinsicht begrüßen sie den Erfolg der Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission, der der Europäische Rat zugestimmt hat, die Vorschläge der Kommission unmittelbar an die nationalen Parlamente zu leiten, um ihre Stellungnahmen insbesondere bezüglich der Einhaltung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit einzuholen. Die Präsidenten begrüßen die von der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) durchgeführte Arbeit bei der Erprobung dieser neuen Kontrolle. Sie erkennen insbesondere die Wirksamkeit der Subsidiaritätspilotverfahren an, die die nationalen Parlamente dazu anregen, vorher gemeinsam ausgewählte Vorschläge zu überprüfen. Sie begrüßen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der COSAC zur Zusammenarbeit bei der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. So:
 - ermuntern sie die Parlamente oder Kammern, die bei einem Vorschlag mögliche Subsidiaritätsprobleme erkennen, so schnell wie möglich, und auf jeden Fall innerhalb von acht Wochen, Informationen über das weitere Vorgehen auszutauschen,
 - unterstützen sie den informellen Austausch von Informationen über die Subsidiarität, insbesondere mit Hilfe der Vertreter der nationalen Parlamente bei der Europäischen Union.
- 4) Die Präsidenten unterstreichen die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten durch die Nutzung von IPEX zu verstärken, das eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Bestimmungen des Lissabonner Vertrags bezüglich der Subsidiaritätskontrolle spielen könnte. Die Präsidenten begrüßen in diesem Zusammenhang die anstehende Einrichtung eines effizienteren Systems für den Austausch von Dokumenten zwischen den nationalen Parlamenten durch IPEX. Um die Website funktionaler zu gestalten, fordern sie die nationalen Parlamente auf,

Zusammenfassungen ihrer wichtigsten Positionen und ihrer Stellungnahmen zur Subsidiarität auf Englisch oder Französisch und in anderen Sprachen zu veröffentlichen.

- 5) Die Präsidenten halten fest, dass mit dem Beginn der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments eine neue Etappe bei der Einführung der neuen parlamentarischen Befugnisse erreicht werden könnte. Im Sinne der von der Europäischen Kommission initiierten Vorgehensweise und im Sinne des Artikel 4 des (2.) Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zum Vertrag von Lissabon fordern die Präsidenten den Rat der Europäischen Union auf, Gesetzesvorhaben, die nicht von der Europäischen Kommission herrühren, den nationalen Parlamenten ab dem 1. September 2009 auf informellen Wege unmittelbar zuzuleiten.
- 6) Die Präsidenten ermuntern die nationalen Parlamente, ihre Zusammenarbeit im Bereich der Kontrolle der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu intensivieren, gegebenenfalls indem sie einen gemeinsamen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission richten, wenn eine bedeutende Anzahl von Parlamenten oder Kammern Schwierigkeiten bezüglich der Beachtung des Subsidiaritäts- oder des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei einem Vorschlag für einen europäischen Rechtsakt feststellt. Ein solches Vorgehen würde den von den nationalen Parlamenten abgegebenen Stellungnahmen Nachdruck verleihen.
- 7) Die Präsidenten unterstreichen die Bedeutung der Rolle der nationalen Parlamente bei der Beurteilung und der Kontrolle der Errichtung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Sie unterstreichen die Rolle der nationalen Parlamente bei der Definition von neuen Prioritäten des europäischen Handelns in diesem Bereich. Zu diesem Zweck könnte eine der in diesem Jahr organisierten interparlamentarischen Zusammenkünfte dieser Frage gewidmet werden, bevor der Europäische Rat über das neue Programm entscheidet, das das Programm von Den Haag ablöst.
- 8) In Anbetracht der Rolle der nationalen Parlamente für ein gutes Funktionieren der Europäischen Union halten die Präsidenten es für nützlich, wenn die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament die Schlussfolgerungen der Reflexionsgruppe zur Zukunft Europas mit dem Horizont 2030 in geeigneter Form beraten, bevor die Gruppe dem Europäischen Rat im Juni 2010 ihren Bericht vorlegt.

Bezüglich der Beteiligung der Parlamente beim Management von Krisen

- 9) Die Präsidenten begrüßen, dass die Europäische Union aktiv an der Lösung der zahlreichen und schweren Krisen von regionalen oder weltweiten Dimensionen, denen Europa in den letzten Monaten entgegen treten musste, mitgewirkt hat.
- 10) Die Präsidenten begrüßen die Rolle der Parlamente in der Europäischen Union bei der Gewährleistung der vollständigen Information der Bürger, der Kontrolle des Handelns der Regierungen und dem Vorlegen von Antworten im Krisenfall.

- 11) Die Präsidenten unterstreichen die Bedeutung der Vermeidung von Protektionismus, den sie im Kontext einer wirtschaftlichen Krise für unproduktiv halten, und betonen die notwendige Solidarität.
- 12) Die Präsidenten erwarten von der Europäischen Union, dass sie mit einer Stimme spricht, um ihrer Rolle bei der Reform des internationalen Finanzsystems vollständig nachzukommen, die Koordination der nationalen Konjunkturprogramme zu verstärken und im gemeinsamen Interesse eine kooperative Dynamik in Gang zu setzen. Sie wünschen, dass greifbare Ergebnisse in diesen Bereichen dazu beitragen, die Union im Vorfeld der Europawahlen den Bürgern näher zu bringen.

Bezüglich parlamentarischer Praktiken während der Unionspräsidentschaften

- 13) Die Präsidenten begrüßen die Qualität des Austausches, der anlässlich der unter slowenischer, französischer und tschechischer Präsidentschaft organisierten interparlamentarischen Begegnungen stattgefunden hat, und fordern die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament auf, ihre Zusammenarbeit bei diesen Themen zu vertiefen, insbesondere durch den Austausch von „good practices“.
- 14) Die Präsidenten begrüßen den Bericht über die Vorbereitung der parlamentarischen Aspekte einer Unionspräsidentschaft. Sie bitten um seine Veröffentlichung auf der Website von IPEX, damit er den Parlamenten zur Verfügung steht und später aktualisiert werden kann.

Bezüglich der Zukunft Europas bis 2030

- 15) Die Präsidenten hoffen, dass die Arbeiten der Reflexionsgruppe über die Zukunft Europas unter Vorsitz von Herrn Felipe Gonzalez der Europäischen Union erlauben, in einer multipolar gewordenen Welt Wege für die Zukunft zu entwickeln, nicht nur für sich, sondern auch, um bei ihren Partnern ihre Vorstellung bezüglich der wichtigsten Herausforderungen, mit denen die Welt in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert sein wird, geltend zu machen. Eine Reflexion über europäische Werte und die europäische Identität wird hierzu grundlegend sein, um gemeinsame, bis 2030 anwendbare Vorschläge zu entwickeln.
- 16) Die Präsidenten begrüßen, dass die Reflexionsgruppe auch zur Aufgabe hat, sich besonders der Frage zu widmen, wie besser auf die Bürger zugegangen und auf ihre Erwartungen und Bedürfnisse eingegangen werden kann. Sie unterstreichen, dass eine Einbeziehung der europäischen Bürger in die europäischen Institutionen ein Schlüsselement für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union ist. Sie begrüßen die Absicht des Präsidenten der Gruppe, bei Abschluss der Arbeiten einen Schlussbericht vorzulegen, der Empfehlungen enthält, die für alle verständlich und lesbar sind.
- 17) Die Präsidenten halten fest, dass die Reflexionsgruppe die beste Weise zur langfristigen Herstellung von Stabilität und Wohlstand sowohl der Union als auch der sie umgebenden Regionen bestimmen soll. Sie sind diesbezüglich der Ansicht, dass eine vertiefte Reflexion über die Zukunft der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union begonnen werden könnte.